



August 2011

Keine Amtsanmaßung!

Die CDU darf weiter „Botschafter Delbrücks“ ehren

Ausgelöst durch eine an die Kommunalaufsicht (Kreis Paderborn) gerichtete Beschwerde des langjährigen SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Suren und angesprochen durch eine Titelgeschichte im Delbrücker Stadtanzeiger („Amtsanmaßung“) wurde die Rechtmäßigkeit der ersten Ehrung eines Botschafters Delbrücks durch den CDU-Stadtverband von Landrat Manfred Müller geprüft – und kein Verstoß gegen die Gemeindeordnung festgestellt! Darüber informierte Bürgermeister Werner Peitz den Delbrücker Stadtrat jetzt öffentlich in einer Ratssitzung.

„Eine andere Entscheidung war auch nicht zu erwarten gewesen. Das sagt schon der gesunde Menschenverstand“, ist CDU-Stadtverbandsvorsitzender Reinhold Hansmeier nicht überrascht.

Helmut Suren ist der Ansicht, dass die Auszeichnung „Botschafter Delbrücks“ allein dem Rat zustehe, die Umsetzung allein dem Bürgermeister. In der Antwort des Landrats heißt es zu der Frage, ob der Stadt Delbrück Rechtsverstöße anzulasten sind:

„Dies wäre dann der Fall, wenn die Stadt Delbrück eine Ehrenbezeichnung oder ein Ehrenbürgerrecht verliehen und in diesem Zusammenhang gegen die Vorschriften der Gemeindeordnung NRW verstoßen hätte. Um ein Ehrenbürgerrecht geht

es zweifelsfrei nicht, für eine Ehrenbezeichnung fehlt es bereits an der Voraussetzung, dass der vom CDU-Stadtverband Benannte kein Mitglied des Rates war und ist. Sie (gemeint ist Helmut Suren) verweisen auf § 41 Buchst. d. GO NRW, nachdem der Rat für die Verleihung von Ehrenbezeichnungen zuständig sei. Das ist unbestritten. Vorliegend hat jedoch weder der Rat der Stadt Delbrück gehandelt, noch ist die Bezeichnung „Botschafter“ eine Ehrenbezeichnung, die durch eine Kommune verliehen werden kann.

Ein Botschafter ist ein Diplomat, also der beamtete oberste Beauftragte eines Staates in einem anderem Land oder bei einer internationalen Organisation. Er wird vom Außenministerium entsandt und ist der persönliche Repräsentant des Staatsoberhauptes seines Landes.

Allerdings ist diese Bezeichnung nicht derart geschützt, als dass sie nicht auch eine andere Verwendung finden könnte. So gibt es beispielsweise Botschafter des Sports, Botschafter des Friedens etc. Ist nicht zuletzt jede Person, die sich auf fremden Territorium befindet, gleichzeitig auch eine Botschafterin ihrer Heimat?“

Und nicht anders möchte der CDU-Stadtverband die Ehrung des Botschafters Delbrücks verstanden wissen: als eine Auszeichnung von gebürtigen Delbrückern, die durch ihre Arbeit und/oder ihre Persönlichkeit anderenorts „Botschafter Delbrücks“ sind – und von deren Erfahrungen umgekehrt Delbrück profitieren kann. Die Vorbereitungen für die zweite Auszeichnung eines Botschafters Delbrücks Ende November laufen bereits (um Katharina am 25. November, der genaue Termin steht noch nicht fest).



Rund 150 Gäste, darunter Familie und Freunde des Preisträgers, verfolgten im kleinen Saal der Stadthalle die erste Auszeichnung eines „Botschafters Delbrücks“.

Strom

Den Antrag der GABI-Fraktion,



die Stadt Delbrück möge in Zukunft ausschließlich Ökostrom beziehen, unterstützt

die CDU-Fraktion nach heutigem Kenntnisstand nicht – es sei denn, die Stadt kann den Öko-Strom zum selben Preis beziehen.

Johannes Lindhauer (Foto) begründete als stellvertretender Fraktionsvorsitzender die Ablehnung der CDU damit, dass sich der Rat in erster Linie an der kostengünstigsten Lösung orientieren müsse. Öko-Strom koste wahrscheinlich bis zu 2 Cent mehr pro Kilowattstunde – für die Stadt würden sich daraus Mehrkosten von bis zu 100.000 Euro ergeben. Beim Stromeinkauf eingespartes Geld solle stattdessen für mehr Energieeffizienz eingesetzt werden – z.B. die Verbesserung der Dämmung von öffentlichen Gebäuden, regt die CDU an.

Lindhauer erinnerte in dem Zusammenhang daran, dass bereits heute jede zweite Biogasanlage im Kreis Paderborn in Delbrück steht. Schon jetzt habe der Kreis Paderborn einen Selbstversorgungsgrad bei Strom aus regenerativen Energien von 26 Prozent, was weit über dem Bundesdurchschnitt von 17 Prozent liege.

Soziale Marktwirtschaft funktioniert

Linnemann: Griechen mit einem Schuldenschnitt Neuanfang ermöglichen

Mit Dr. Ralf Brauksiepe, dem Parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, hatte die CDU in Delbrück beim traditionellen Spargelessen im Appel-Krug einen ausgewiesenen Experten für Arbeitsmarktpolitik zu Gast.

Deutschland hatte, als Angela Merkel Bundeskanzlerin wurde, über fünf Millionen Arbeitslose. „Und jetzt haben wir unter drei Millionen. Das ist das Ergebnis von vielen Menschen, die dazu beigetragen haben. Dass wir so gut durch die Krise gekommen sind, hat etwas damit zu tun, dass einerseits Politik Angebote gemacht hat – insbesondere mit dem Kurzarbeitergeld und anderen Maßnahmen – und es hatte damit zu tun, dass wir Tarifvertragsparteien hatten und haben, die diese Angebote auch wahrgenommen haben, mit Beschäftigungssicherungstarifverträgen und vielen anderen Vereinbarungen.

Also, wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass unser Modell der Sozialen Marktwirtschaft anderen wirtschaftsordnungspolitischen Vorstellungen überlegen ist, dann hätte es diese Krise erbracht. Also, das hat Politik nicht allein gemacht. Politik ist

auf dem Arbeitsmarkt weder allmächtig noch ohnmächtig“, ordnete Brauksiepe den Anteil der Politik an der Bewältigung der Krise ein.

Wenn auch die Zahl der Arbeitslosen deutlich niedriger sei als noch vor Jahren, so seien es doch immer noch drei Millionen, wollte Brauksiepe keine allgemeine Entwarnung geben: „Wir bekennen uns ganz klar dazu, dass wir den Menschen, die Arbeit suchen, helfen müssen auch in Beschäftigung zu kommen. Das ist die Situation, die wir jetzt akut haben. Wir gehen nicht davon aus, dass wir in Deutschland zurzeit einen flächendeckenden Fachkräftemangel haben, sondern wir haben ihn in manchen Regionen. Und wir haben ihn in Bezug auf manche Berufsgruppen. Da haben wir heute und absehbar erkennbar in aller nächster Zeit auch einen Fachkräftemangel.“

Besonders betroffen sind von dem Fachkräftemangel etwa Ingenieurgruppen, Pflegeberufe und Ärzte. Nur mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen sei eine Fachkräftesicherung und die Bekämpfung des Fachkräftemangels zu leisten, erklärte Brauksiepe. Allein durch Zuwanderung las-

se sich dieses Problem nicht lösen“, machte er in Delbrück deutlich. Im zweiten Teil des Abends erklärte der heimische Bundestagsabgeordnete Dr. Carsten Linnemann, warum er sich gegen das Schnüren weiterer Hilfspakete für überschuldete Staaten in Europa ausspricht. Europa stecke in keiner Währungs- und Schuldenkrise, sondern in einer Staatsschuldenkrise. Die könne aber nur bewältigt werden, wenn das Übel an der Wurzel gepackt und strukturelle Änderungen vorgenommen würden. Griechenland habe kein Liquiditätsproblem, sondern ein



Der heimische Bundestagsabgeordnete Dr. Carsten Linnemann, Delbrücks Ortsverbandsvorsitzender Ingo Sagemüller, Stadtverbandsvorsitzender Reinhold Hansmeier (von links) und Günther Gerhart als Vorsitzender der Senioren Union begrüßten mit Dr. Ralf Brauksiepe den Parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales beim traditionellen Spargelessen der CDU in Delbrück.

Solvenzproblem. Das Land sei insolvent. „Weitere Geldtransfers werden ins Leere laufen. Schlimmer noch, die Lösung des Schuldenproblems wird nur hinausgezögert“, erklärt Linnemann. Griechenland werde so nur immer tiefer in die Schuldenspirale getrieben. Daher plädiert Linnemann dafür, das Problem aktiv anzugehen und den Griechen mit einem Schuldenschnitt einen echten Neuanfang zu ermöglichen. Je länger dieser Schritt hinausgezögert werde, desto mehr würden sich private Gläubiger zurückziehen und die Kosten für öffentliche Gläubiger in die Höhe treiben.



So wie hier in Lippling mit unserem heimischen Bundestagsabgeordneten Carsten Linnemann (4.v.l.) sind in den meisten der zehn CDU-Ortsverbände die Jahreshauptversammlungen gelaufen. Große personelle Veränderungen brachten die Vorstandswahlen bisher nicht. Die Jahreshauptversammlung des CDU-Stadtverbandes ist für den November geplant.



Der CDU-Stadtverband Delbrück fährt von Freitag, 2. Dezember, bis Sonntag, 4. Dezember, mit dem Bus in die Bundeshauptstadt nach Berlin. Die Teilnehmerzahl ist auf 46 Personen begrenzt. Sobald das genaue Programm und der Preis feststehen, werden die CDU-Mitglieder in Delbrück darüber informiert.